

Eröffnung der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung „**Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO**“ am 13. November 2009 in Berlin

Prof. Lothar Bisky, MdEP, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Partei der Europäischen Linken (EL), Fraktionsvorsitzender der GUE/NGL

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde,

Vor fünf Monaten hatten Obama und Medwedjew die überfällige atomare Abrüstung in die öffentliche Debatte zurückgeholt. Bis Dezember wollen sie zu gültigen Vereinbarungen kommen und dies wird von höchst unterschiedlichen politischen Akteuren begrüßt. Ich finde zu Recht. Die gesellschaftliche Linke europaweit, Friedensinitiativen, Entwicklungsorganisationen verbinden diese Schritte mit der Forderung nach einem völligen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen.

Die Süddeutsche Zeitung erfand für dieses Treffen zwischen den Repräsentanten der USA und Russlands den Begriff des Retro-Gipfels. Gut, die Konstellation erinnert uns an die Kontrahenten der bipolaren Welt des Kalten Krieges. Doch uns sollen offenbar nicht nur die Repräsentanten, sondern auch die Thematik an vergangene Zeiten erinnern. Denn der Kommentator der Süddeutschen Zeitung schrieb dazu am 7. Juli 2009: *„Wer im US-Außenministerium mit den Verhandlungen zur Abrüstung der Atomwaffen beauftragt wird, gilt als armer Hund. Das Thema wird als langweilig erachtet, als unbedeutend für die tatsächlichen außenpolitischen Probleme Amerikas. Abrüstungspolitik, einst Königsdisziplin unter den Fachleuten, ist zum Nischenthema verkommen. Die Experten aus dem Kalten Krieg sind längst pensioniert oder umgeschult, Karriere wird heute mit Themen wie Terror und asymmetrische Konflikte gemacht.“*<sup>1</sup>

Mir sind die Signale eines Retro-Gipfels, wie ihn die USA und Russland jetzt begonnen haben, allemal lieber, als die permanente Neuerfindung von Bedrohungsperzeptionen und vernetzten Sicherheitsstrategien, wie sie in der US-amerikanischen Version vor allem von Bush Jr. verkörpert wurde.

Neue bilaterale Verhandlungen über nukleare Abrüstung und die vor kurzem verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution zur nuklearen Abrüstung sind ein Anfang. Nach Jahren der Verdrängung des Problems, der Konzentration auf Iran und Nordkorea gibt es die Chance, die Gefahren, die von den real existierenden nuklearen Potentialen ausgehen, wieder ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Auch wir Linke dürfen sie nicht verpassen!

---

<sup>1</sup> Obama bei Medwedjew: Der Retro-Gipfel, Süddeutsche Zeitung, 7.7.2009, zit. nach <http://www.sueddeutsche.de/politik/98/479587/text/>, last access: 09.11.2009

Mir sind die Signale eines Retro-Gipfels auch lieber, als eine seit zwanzig Jahren nach neuen Existenzberechtigungen suchende NATO.

Ich sehe angefangen vom NATO-Krieg in Afghanistan bis zur „ständig strukturierten Zusammenarbeit“ der militärisch potenten EU-Mitgliedstaaten, so wie es jetzt im Lissabonvertrag steht, einen abenteuerlichen Weg, der Deutschland und seine europäischen NATO-Verbündeten zu global agierenden Militärmächten machen soll. Der Krieg in Afghanistan ist nicht nur völkerrechtswidrig. Er ist auch längst verloren. Und das Problem ist, alle wissen das. Es geht nicht um das Land Afghanistan, es geht nicht um Demokratie und Frauenrechte, es geht um die Perspektive der NATO, um das Streben u. a. Deutschlands nach Weltgeltung.

Das sind die Bedingungen, unter denen sich linke außenpolitische Grundsätze Gehör verschaffen müssen. Das sind keine einfachen Bedingungen. Das sind die Bedingungen, unter denen wir die Auseinandersetzung für einen Politikwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren führen werden.

Deshalb betone ich nochmals: Mir sind alle Retrogipfel, die endlich Lehren aus dem Ende des Kalten Krieges und seinen sicherheitspolitischen Folgen verarbeiten, allemal lieber, als eine neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die deutschen Exportinteressen und den Zugriff auf Ressourcen zum Ausgangspunkt ihres außenpolitischen und sicherheitspolitischen Handelns macht.

Unser neuer Bundestagsabgeordneter aus Hamburg, Jan van Aken, hielt dem neuen Außenminister Westerwelle in der Aussprache um den Koalitionsvertrag entgegen: *„Das Mantra Ihrer Außenpolitik sind ja die deutschen Interessen bzw., wie wir heute Morgen von der Kanzlerin gehört haben, der Zugriff auf die weltweit vorhandenen Rohstoffe... Wenn es um die Durchsetzung dieser Interessen geht, erwähnen Sie elfmal die Bundeswehr und die deutschen Soldaten, aber das Völkerrecht kommt ganze zweimal in diesem Koalitionsvertrag vor. Ich sage Ihnen: Das ist kein statistischer Ausreißer mehr. Das ist Programm.“*<sup>2</sup> Und ich fürchte er hat Recht.

Das, was im neuen Regierungsprogramm zu konstatieren ist, kann man nicht einmal mehr in positiven Ansätzen einer Retro-Politik zur Beendigung des Endes des Kalten Krieges bezeichnen. Es ist eine gefährliche Restauration eines militärisch gestützten Sicherheitsverständnisses, in dem internationaler Ausgleich und globale Gerechtigkeit hinter deutschen Interessen verschwinden. Angesicht der globalen Entwicklungen ist ein solches Sicherheitsverständnis nicht geeignet zum Abbau von realen Bedrohungen der Menschheitsentwicklung, sondern stellt selbst eine Gefahr für den Frieden und eine Gefahr für die Bewältigung globaler Herausforderungen dar.

Solch politisches Herangehen ist nicht weit davon entfernt, das Völkerrecht je nach Machteinfluss zu instrumentalisieren, statt sich außenpolitisch für seine

---

<sup>2</sup> aus der Rede des Bundestagsabgeordneten Jan van Aken [LINKE], Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode – 3. Sitzung, Berlin, Dienstag, den 10. November 2009, zit. nach dem Stenografischen Bericht

friedenssichernde Dimension zu engagieren und ein entsprechendes sicherheitspolitisches Denken in internationalen, multilateralen Institutionen, wie der UNO, auszubauen und deshalb dort Reformen einzufordern.

Die Förderung eines weltweiten Dialogs der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird von der neuen Bundesregierung zu einem Spezialressort der Entwicklungspolitik degradiert und verkürzt. Um es zugespitzt zu formulieren: Solch einen überholten – eng militärisch und am Staat orientierten - Sicherheitsbegriff leistet sich nicht einmal mehr die NATO.<sup>3</sup> So ist die Situation. Und ich sage dies angesichts der Erfahrungen, dass das Europaparlament nach rechts gerückt ist. Wer dort für Abrüstung eintritt, dem droht, als Feind der Demokratie beschimpft zu werden. Und diese Auseinandersetzungen finden dann noch unter dem Gejohle rechtsradikaler Kräfte statt.

Die Verletzung von Menschenrechten, ungleiche Ressourcenverteilung, Umweltverschmutzung und Klimawandel, mangelnde Internet- und Energiesicherheit sind heute längst als sicherheitspolitische Herausforderungen anerkannt.

Linke Außenpolitik hat mit ihren friedenspolitischen Grundsätzen die Verantwortung, einem Begründungsdenken für ein Recht des Stärkeren die Anwendung des Völkerrechts in allen sicherheitspolitischen Strategiebildungen gegenüberzustellen.

Deshalb setzen wir darauf, dass politisch den Ursachen von Destabilisierung, Staatenzerfall und blutigen Konflikten entgegengewirkt wird.

Kein Militärbündnis, nur die Zusammenarbeit im Rahmen der UNO kann diese Aufgabe leisten.

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde,

die zweite Außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung titelt „Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO“. Wenn wir darüber diskutieren, müssen wir von den Realitäten ausgehen: Militärische Konflikte, Bürgerkriege, ja selbst Völkermord sind keinesfalls aus unserer Welt verbannt. Im Gegenteil.

Auch im 21. Jahrhundert verschlingen vergessene und laut umworbene Kriege die Ressourcen für die Bewältigung des Klimawandels und der Wasserknappheit, die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Hunger, für Chancen eine gerechte Welt und weltweite Energiesicherheit zu ermöglichen. Zugleich verhindern Kriege tagtäglich die Hoffnung auf politische Lösungen. Sie hinterlassen Leid, Opfer und emotional tief sitzende Feindbilder. Die produzieren neue Terroristen. Jede Gewalt,

---

<sup>3</sup> Sie hat auf dem Gipfel in Kehl und Straßburg im April 2009 beschlossen, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln, das "den aktuellen Bedrohungen und Herausforderungen angepasst ist."

wie sie in Kriegen alltäglich ist, ob durch Streubomben oder Vergewaltigungen, legt die Zeitbomben der Zerstörung unser aller Zukunft.

Doch die modernen Sicherheitsstrategien der westlichen Welt – ob die Europäische Sicherheitsstrategie, die National Security Strategie der USA (NSS) oder die jüngsten Strategiekonzeptionen der NATO befreien – bei all ihrer Verschiedenheit – nicht, das Militärische aus ihrem Denken gegenüber der Sicherung kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Errungenschaften. Sie fesseln die zivilen Problemlagen der modernen Gesellschaften unter eine militärische Verteidigungslogik von Interessen und Werten.

Warum ist das so? Warum haben die Schrecken zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert, warum hat das Ende des Kalten Krieges nicht die Logik der militärischen Bedrohung – nun sogar deutlicher verknüpft mit einem Interventionsanspruch – aus dem Arsenal der politischen Strategien des Westens verbannen können? Ich kann diese Frage nicht eindeutig beantworten.

So sehr das Bekenntnis zum Multilateralismus, Handelsbeziehungen, der verantwortungsbewusste Umgang mit den Ressourcen auf unserem Planeten und die Entwicklungspolitik längst auch Teil der Außenpolitik geworden ist, so wenig hat sie sich auf der anderen Seite zur Friedenspolitik weiterentwickelt. Militärische Stärke und die Bereitschaft, sie auch einzusetzen, sind in dieser verletzlichen Welt nach wie vor zentrale Elemente bei der Bewertung der internationalen Rolle von Staaten. Wie sonst erklärt sich, dass die Mitgliedschaft in der NATO und die Beteiligung an der strukturierten militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU für die meisten europäischen Staaten Prioritäten ihrer Außenpolitik sind?

Dieses Denken müssen wir verändern!

Wir dürfen nicht länger zulassen, soweit das von unseren Möglichkeiten abhängt, dass die Geheimdienste, Generäle und Rüstungskonzerne den Menschen die Gehirne vernebeln!

Aber ich warne hier auch vor vereinfachten Antworten. Es gibt keine wirkliche Konfliktregulierung ohne eine realistische Konfliktanalyse!

Die Forderung nach Auflösung der NATO muss mit politischen Alternativen versehen sein. Es wäre die pure Politikverweigerung, davon auszugehen, die NATO löst sich auf, wenn wir das auf Parteitage beschließen oder in Kehl und Strasbourg - absolut berechtigt – einfordern. Es ist wichtig, die strategischen Wandlungen der NATO auf Demonstrationen scharf zu kritisieren.

Die Partei DIE LINKE ist in ihrem Bundestagswahlprogramm dennoch nicht bei der normativ richtigen, friedenspolitischen Forderung nach der Auflösung der NATO stehen geblieben, sondern formulierte dort deren Ersetzung durch ein „*kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands*“.

Heute ist hier Gelegenheit, die Debatte zu führen, wie solch internationale Organisationen wie die NATO, die ein institutionelles Beharrungsvermögen und auch eine kulturelle Akzeptanz gegenüber ihrer Aufgabenerfüllung bis 1989 in ihren Mitgliedstaaten hat, durch ein kollektives Sicherheitssystem und einen Sicherheitsbegriff, der das Völkerrecht zur Grundlage hat und im Rahmen einer reformierten UNO aufgeht, ersetzt wird. Ernst Krabatsch und Gerry Woop überraschten sicherlich einige mit einem problemorientierten Artikel über die manifest kriegerischen und offenen Suchbewegungen der NATO nach einem Sicherheitskonzept im 21. Jahrhundert mit der Feststellung: „*Eine realistische Analyse sollte jedoch davon ausgehen, dass diese Militärorganisation noch eine längere Perspektive hat.*“<sup>4</sup> Wir sollten die zwei Tage Konferenz nutzen, um aus unserem gemeinsamen Verständnis, dass Sicherheitspolitik nur als Friedenspolitik zukunftsfähig wird, die Politikfähigkeit unserer Grundpositionen durchbuchstabieren.

Das kann nicht heißen, bei dieser oder jener Formulierung uns gegenseitig infrage zu stellen, sondern mit unseren gemeinsamen Ausgangspunkten zu erkunden, wie wir den Ersetzungsprozess der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem in den nächsten Jahren durchsetzen wollen und können.

Was heißt dies für die politische Themensetzung und welche strategischen Bündnisse brauchen wir?

Unsere Orientierungen sind relativ schnell verhandelt und dies habe ich eingangs durch die aktuellen politischen Debatten klar umrissen:

- Die parteipolitische LINKE ist – und hier ist sie absolut kongruent mit vielen Kräften außerhalb der Partei – eine Friedenspartei.
- Dies müssen wir in Themensetzungen – wie Reform der UNO, Rüstungskontrolle und Abrüstung, die Durchsetzung des Völkerrechts in der Konfliktbearbeitung – immer wieder deutlich machen.
- Wir lehnen eine nationale Rückentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie die schwarz-gelbe Koalition jetzt schon formuliert hat, ab und setzen politisch auf einen völkerrechtsorientierten und friedenspolitischen Wandel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
- Neben einem Politikwechsel in der EU und der Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem setzen wir auch auf die politischen Ansätze der OSZE.

---

<sup>4</sup> Ernst Krabatsch und Gerry Woop: Institutionen im Wandel – Thesen zur NATO. In: Welttrends. 68, September/Oktober 2009, S. 39

Darüber hinaus gibt es auch viele offene Fragen, die wir auf der Konferenz andiskutieren sollen und müssen.

1. Welche Schritte müssen wir in welchen strategischen Bündnissen gehen, um die internationalen Organisationen tatsächlich mit zu verändern.  
Wir wissen doch, dass viele Kritikpunkte an der Europäischen Sicherheitsstrategie im Bericht „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“ vom Dezember 2008 aufgenommen wurden, weil hier Europapolitikerinnen und -politiker der Grünen, der Sozialdemokraten und der Linken zusammengearbeitet haben.  
Hier sind auch Anknüpfungspunkte in der Zukunft, und die müssen wir gerade, angesichts des Inkrafttretens des Lissabonvertrages fortsetzen. Und wir müssen auch, weil der Lissabonvertrag jetzt gilt, Kritik an der fehlenden friedenspolitischen Dimension fortsetzen.
2. Wir müssen ein aufgeschlossenes und selbstbewusstes Verhältnis zu den Veränderungen der Außenpolitik, wie sie Clinton in Berlin formuliert oder Obama in Accra, entwickeln und es als politische Linke einbringen.  
  
Wir haben auch eine Verantwortung, Huntingtons „Kampf der Kulturen“, der die ideologische Folie der Bush-Administration bildete, auf den Müllhaufen der Geschichte zu platzieren und einen globalen Dialog und die Selbstbestimmung der Völker praktisch durchzusetzen.  
Dies schließt eine solidarische Haltung zu weltweiten Friedensinitiativen und Entwicklungsprojekten ein, und hier kann die Linke aus dem reichen Norden wesentlich mehr fördern als Bekenntnisse und Debatten.
3. Ist eine linke realistische Position darstellbar, die den Rückzug der Truppen aus Afghanistan beschreibbar macht und die Verstärkung der zivilen Unterstützung möglich?  
Denn gelingt uns dies nicht, wird unsere berechtigte Position auch in den kommenden Jahren nicht parlamentarisch mehrheitsfähig, und wir werden weiterhin eine Situation ertragen müssen, in der ein Verteidigungsminister die Zerstörung des Tanklasters in Kundus als „militärisch angemessen“ herunterspielt ohne dass eine nennenswerte gesellschaftliche Öffentlichkeit hier vielstimmig protestiert. Von Guttenberg sagt es dahin, leichtfertig, abenteuerlich, aber der Protest bleibt aus.
4. Wir müssen über Interessenkonflikte und Ressourcenknappheit diskutieren und dabei andere Wege aufzeigen, als jene, die die herrschende Politik in Europa und in Deutschland gerade beschreitet.  
Doch die Wege zu Kooperation und Vertrauensbildung können wir nicht abseits der Handlungsmacht der vorhandenen internationalen Institutionen

erfinden. Wir müssen deshalb die Möglichkeiten der internationalen Organisationen, sich dem Völkerrecht zu verpflichten und zusammen zu arbeiten, tatsächlich ausloten.

Dazu gehört auch eine gesellschaftliche Debatte nach dem ausstehenden strategischen Konzept der NATO zu führen und dabei aufzuzeigen, wie ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem von statten gehen soll. Das steht nicht im Widerspruch zur berechtigten friedenspolitischen Forderung der Auflösung der Nato.

Alle kennen Willi Brandts Formulierung: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Zum Auftakt der Konferenz lege ich Wert darauf, dass dieser Satz in seiner Gänze ernst genommen wird. Er mahnt uns, Außen- und Sicherheitspolitik als praktische Politik in den regionalen und globalen Auswirkungen der Globalisierung ernst zu nehmen. Er mahnt uns über den Anspruch hinaus, die Durchsetzbarkeit einer Außenpolitik als Friedenspolitik nicht nur zu denken, sondern die politischen Wege zu gehen, damit ein multilaterales Sicherheitsdenken Wirklichkeit wird.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.